

Launische Partner

PETER MÜLLER | BERLIN

Als kleinste der drei Koalitionsparteien schleppt die CSU ein Trauma mit aus der vierjährigen Großen Koalition: Die Bayern wurden in dem Regierungsbündnis nicht wirklich gebraucht. Auch wenn das in der Praxis nie eine Rolle spielte, hätte die Regierung aus CDU, CSU und SPD auch dann Gesetze beschließen können, wenn die CSU nicht hätte mitmachen wollen. Zumindest psychologisch hinterließ das Spuren: Die kleine Schwesterpartei fühlte sich das ein oder an-

dere Mal überflüssig.

Damit ist es jetzt vorbei. Ohne das Gros der 45 Mitglieder der CSU-Landesgruppe kann Schwarz-Gelb im neuen Bundestag nichts beschließen. Zusammen stellen Union und FDP 332 der 622 Abgeordneten. Einen Kurswechsel in der Steuer- oder Gesundheitspolitik kann Kanzlerin Angela Merkel daher nur einleiten, wenn die Mehrheit der CSU- und FDP-Parlamentarier mitzieht.

Das klingt zwar selbstverständlich. Angesichts der vielen offenen Streitpunkte, die die Unterhändler im Koalitionsvertrag mit Prüfaufträgen und offenen Formulierungen zu kaschieren suchten, ist die Suche nach Mehrheiten innerhalb der Regierung aber mehr als eine Banalität.

Mit wolkigen Formulierungen versucht Merkel die Brücke von den Herz-Jesu-Sozialisten in der CSU bis hin zu den liberalen Wirtschaftspolitikern in der FDP zu schlagen. Die Regierung werde „getragen von wirtschaftlicher Vernunft und sozia-

ler Verantwortung gleichermaßen“, sagte sie auf dem kleinen CDU-Parteitag am Montag. Doch bei Kernprojekten der neuen Regierung liegen entweder CSU mit CDU und FDP über Kreuz – oder die kleineren Partner mit Merkels CDU.

Stichwort Gesundheitspolitik. Da bläst die CSU die Backen auf, als müsste sie die Bürger vor den eigenen Bündnispartnern beschützen. Bayerns Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) verspricht: „Gerade in der Gesundheitspolitik wird es ganz entscheidend darauf ankommen, dass wir

nicht am Ende mit neoliberalen Konzepten rauskommen.“

Doch FDP und CDU ticken anders. Mit dem FDP-Experten Daniel Bahr und der CDU-Fachfrau Annette Widmann-Mauz hat Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) zwei Gesundheitspolitiker mit Durchschlagskraft als parlamentarische Staatssekretäre an seiner Seite. Sie dürften ihm beim Aufbruch in Richtung Gesundheitspauschale unterstützen. Rös-

ler selbst spricht vom Systemwechsel, CSU-Chef Horst Seehofer davon, erst einmal bleibe alles so, wie es ist. Ausgang offen.

Auch in der Steuerpolitik sorgen die „Kleinen“ für Streit. Dieses Mal geht es vereint gegen die CDU. FDP und CSU haben Steuersenkungen zum Kern ihres Wahlkampfes gemacht, der künftige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hingegen will Senkungen im Jahr 2011 nicht garantieren. Für die „Kleinen“ ist das eine Kampfansage.